



FABRO FÖRDERVEREIN
DES MIGRANTENRATS
DER HANSESTADT ROSTOCK e.V.

Postanschrift:
MIGRANET-MV
c/o FABRO e.V.
Waldemarstraße 33
18057 Rostock

www.migranet-mv.de

fabro1-ev@t-online.de

Politische Forderungen des Netzwerk der Migrantenselbstorganisationen aus MV

1. Die Verbesserung der Möglichkeiten der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten

- Aufforderung an die Regierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, sich für die Einführung des Kommunalwahlrechtes für Nicht-EU-Ausländer ein, die mindestens 4 Jahre in Deutschland leben einzusetzen.
- Aufforderung an die Landesregierung und die Kommunen, wo es möglich ist, die Gründung von Migrantenbeiräten als legitimierte Vertretung der Interessen der Migrantinnen und Migranten auf Kommunalebene zu unterstützen

2. Das Integrationskonzept der Landesregierung in allen Feldern und Ebenen der Integrationsförderung fortsetzen

- Schaffung klarer und teilweise neuer Strukturen und Zuständigkeiten auf Landes- und kommunalen Ebenen für eine bessere Durchführung der Integrationsarbeit vor Ort.
- Einrichtung von Integrationszentren auf Kommunalebene, um Integrationsmaßnahmen und Prozesse zu erleichtern und zu helfen, bürokratische Hürden besser zu überwinden.
- Einführung eines Integrationsgesetzes des Landes, das sich mehr auf die Erweiterung und Verbesserung und Monitoring der Integrationsangebote konzentriert. Anreize für Kommunen schaffen, Motoren der Integration zu sein
- Vermeidung bürokratischer Hürden für die Integration
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und Gesellschaft

3. Bekämpfung des Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Antiziganismus

- Gründung eines Untersuchungsausschuss zum NSU-Terror in unserem Landesparlament.
- Alle demokratischen Kräfte setzen sich für die Aufklärung und Verhinderung des Einzugs der AfD sowie anderen rassistischen Parteien in kommunalen- und Landesebenen ein.
- Stärkung der Zivilgesellschaft
- Sichtbarkeit der MigrantInnen als Fachexperten in diesem Bereich
- Stärkung der interkulturellen Kompetenzen auf der Landes- und Kommunalebene

4. Die Verbesserung der Lebenssituation und der rechtlichen Situation von Flüchtlingen in unserem Bundesland

- Erleichterung der Mobilität der Flüchtlinge im ländlichen Raum zur Erreichung der Orte medizinischer Versorgung und zur Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten.
- Keine Rückkehr zur Residenzpflicht in unserem Land und kein Ersatz durch das neue Wort „Wohnsitzauflage“
- Kontinuierliche Betreuung und Beratung der Flüchtlinge, die vom Asylbewerberleistungsgesetz in das SGB II übergegangen sind, muss gesetzlich verankert und gewährleistet sein
- Der Anspruch auf freie Wahl einer professionellen Dolmetscherleistung muss für alle Flüchtlinge in MV garantiert werden.
- Gesetzliche Regelungen der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, besonders die Bildung und Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten
- Gewährleistung der Sicherheit der Asylbewerberheime und Asylnotunterkünfte.
- Die Einführung der freiwilligen Rückkehrberatung von Flüchtlingen statt teurerer und inhumanerer Abschiebungen in MV.
- Die Einführung der Gesundheitskarte für Asylbewerber

5. Abbau von Diskriminierung

- Aufforderung an die Regierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, sich für die Abschaffung aller rechtlichen Ungleichbehandlungen nach Herkunft, Hautfarbe und Religion von Migrantinnen und Migranten einzusetzen.
- komplette Abschaffung der Vorrangsprüfung in den Arbeitsmarkt
- Das Land MV stellt Mittel für eine Antidiskriminierungsstelle bereit, um der Umsetzung des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes Nachdruck zu verleihen. Die Stelle wird regierungsunabhängig angesiedelt.

6. Stärkung und Unterstützung der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten durch entsprechende Landesförderungen

- Wir fordern, als MIGRANET-MV die institutionelle Förderung der Arbeit des Netzwerkes als Interessenvertretung der MSO des Landes. Hauptamtliche Strukturen sollen mindestens für 5 Jahre durch das Land M-V gefördert, mit Verankerung des Rechtsanspruchs im Haushaltplan. Mindestens 2 Stellen sollen gefördert werden.
- Die Integration von Migrantinnen und Migranten soll Bestandteil der Landesverfassung werden sowie soziale und berufliche Integration umfassen:
 - Zugang zum deutschen Schulsystem,
 - zu den Sprachkursen,
 - und zum deutschen Arbeitsmarkt gewähren.

7. MV attraktiver für Migrantinnen und Migranten machen

- Wir fordern die Landesregierung auf, den Auf- und Ausbau einer Willkommens- und Anerkennungskultur in ländlichen und städtischen Strukturen als konkrete strategische Zielrichtung ihrer Politik einzustufen, mehr Mittel und Ressourcen für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.
- Rechtliche Hürden und intransparente Verfahren, die den Aufbau einer Willkommenskultur bremsen, abschaffen.
- Aufforderung an die Landesregierung:
 - professionelle Sprachvermittlungsangebot weiter auf den ländlichen Raum zu erweitern
 - Förderung der bilingualen Erziehung
 - Aufbau der landesweiten Strukturen, wie Traumazentren sowie Familien- und Mehrgenerationszentren mit mehrsprachigen Fachkräften
 - Alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Anwendung zu bringen, die es ermöglichen, eine berufliche und existentielle Zukunftsperspektive zu sichern
- Die Anerkennung, finanzielle und materielle Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements vor Ort und der Initiativen und Projekte, die friedliches Zusammenleben und Begegnung fördern.

8. Ein Doppelstaatler ist kein schlechterer Deutscher

- Grundsätzliche Anerkennung der Mehrfachstaatsangehörigkeit
- Die Aufhebung der diskriminierenden Ungleichbehandlung von EU-Staatsangehörigen und sogenannten Drittstaatlern in der Frage der Mehrstaatlichkeit
- Die generelle Erleichterung der Einbürgerung, u.a. den Einbürgerungsanspruch einkommensunabhängig und nach 5 Jahren bereits zu gewähren

9. MigrantInnen in der Einen Welt

- Die MSO müssen stärker in die entwicklungspolitische Bildungs- und Projektarbeit einbezogen werden. Hauptamtliche Strukturen sollen in diesem Bereich geschaffen werden.
- MSO sollen als Akteure in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Projektarbeit durch das erweiterte Qualifizierungsangebot gestärkt werden.

Einstimmig beschlossen auf der 10. Konferenz der MSO aus MV des Netzwerks MIGRANET-MV am 29.05.2016